ein teilweiser Ersatz der Mitgliederversammlungen sein, sollen es aber unter keinen Umständen ganz werden, sondern hier muß es eine Sache des Uebereinkommens zwischen Mann und Frau bilden, auch der Frau den, wenigstens teilweisen, Besuch der Mitgliederversammlungen zu ermöglichen. Denn es ist zu sehr eine Lebensfrage der Sozialdemokratie, nicht nur den proletarischen Mann, sondern auch die proletarische Frau zu überzeugten, geschulten und disziplinierten Genossen zu machen.

Jede überzeugte Sozialdemokratin vermehrt die Zahl unserer Kämpfer, unserer Agitatorinnen und vor allem die Zahl der sozialistischen Jugenderzieher, denen kein Polizist und kein Staatsanwalt beikommen kann, weil deren Mann glücklicherweise nichts vermag über die Gestaltung unseres Familienlebens und unserer Kindererziehung durch die Familie. Doch nicht nur schulen wollen wir die Frau, sondern auch zur Mitarbeit heranholen.

Weibliche Vorstandsmitglieder zählen wir etwa 600, deren Zahl muß noch eine weit größere werden. Wenn wir das sagen, berufen wir uns nicht auf das statutarische Recht der Frauen und nicht auf Parteitagsbeschlüsse, obgleich beides hier vorliegt, sondern wir berufen uns auf das vorliegende Parteiinteresse, die Frauen in allen Verwaltungsarbeiten zu schulen, ihre Kräfte der Bewegung nutzbar zu machen. In manchen Kreisen und Bezirken hapert es damit noch arg, in anderen aber steht es auch wiederum damit glänzend. In diesen letzteren vergeht keine Flugblattverbreitung, keine Kalenderverbreitung, an der nicht Frauen beteiligt wären, die mit heiligem Eifer ihre Arbeit verrichten. Da vergeht keine Wahl, an der die Frauen nicht mitarbeiten, entweder als Stimmzettelverteiler, als Bureauarbeiterin oder als Schlepper säumiger Wähler. An anderen Orten wiederum haben die Frauen ganz allein das Kassieren der Beiträge übernommen und kassieren nicht nur gut und pünktlich ein, sondern benutzen ihr Amt, um fortgesetzt zu agitieren, neue Mitglieder, männliche und weibliche, zu werben. Aus verschiedenen Kreisen wird gemeldet, daß bei einer vorgenommenen Hausagitation die Frauen mit die besten Resultate erzielten. In den Versammlungen beim Aufnehmen von Mitgliedern und beim Werben von Abonnenten der Parteipresse, da spornt der erzielte Erfolg zu immer eifrigerer Tätigkeit. Und so soll und muß es auch sein: Eine gemeinsame Organisation, ein gemeinsames Hand-in-Handarbeiten der sämtlichen Mitglieder. Dabei gewinnen die Partei und die Frauen, deren Intellekt gehoben, deren Gesichtskreis erweitert wird und die zu Persönlichkeiten heranreifen.

Mit einem guten Erfolg schließt somit das alte Jahr ab. Dieser Erfolg, er muß zum vorwärtstreibenden Element werden für eine um so eifrigere Agitations- und Organisationsarbeit im neuen Jahre: zu einer Organisationsarbeit im allgemeinen, besonders aber unter den Frauen. Um so mehr, da das neue Jahr das Jahr der Reichstagswahl sein wird. Jede Agitation, die wir jetzt entfalten, stärkt deshalb nicht nur unsere Organisation, sondern sie ist bereits eine Vorbereitung zur Wahl.

Die Gärung in Portugal.

Die provisorische Regierung in Lissabon verbreitet die Nachricht, daß von einer bedrohlichen Situation gar keine Rede sei und bezeichnet alle anderen Nachrichten als tendenziös und gefälscht. Es hat aber den Anschein, als ob doch eine starke Gärung in Portugal herrscht und zunimmt.

Es scheint nicht, als sei eine Strömung zugunsten der Wiederkehr der Monarchie im Erstarken. Im Gegenteil, die Unzufriedenheit gegen die Regierung hat ihre Ursache darin, daß sie zu wenig imstande ist, die den breiteren Volksmassen gegebenen Versprechungen zu verwirklichen. Die Regierung zögert, das Parlament einzuberufen, sie unterläßt die erwarteten sozialen Reformen für die Arbeiterschaft. Statt dessen arbeitet sie mit „strengen Maßnahmen" gegen ihre Widersacher, droht mit Verfolgungen und schweren Strafen. Es ist noch nicht abzusehen, wohin die Entwicklung treibt. Es ist möglich, daß das Volk eine neue mehr sozial gerichtete Regierung erzwingt. Es ist aber auch möglich, daß die Monarchisten und Klerikalen die herrschenden Schwierigkeiten für ihre Pläne auszunutzen versuchen.

Wir verzeichnen die wichtigsten der heute eingehenden Depeschen:

Lissabon, 30. Dezember. Der **Minister des Aeußern** hat die Vertreter der ausländischen Presse offiziell empfangen und ihnen erklärt, daß in Portugal **vollständige Ruhe herrsche**. Die finanzielle Lage bessere sich von Tag zu Tag. Die Disziplin in Heer und Marine sei gut. Der Agitation der Orden sei ein Ende gemacht. Entgegen anderslautenden tendenziösen Berichten, die von den Feinden der Republik verbreitet würden, würden die Wahlen im April n. J. in voller Unabhängigkeit stattfinden. Der Direktor des Telegraphendienstes habe die Anweisung erhalten, die Zensur ausschließlich auf gefälschte Nachrichten zu beschränken. Der Minister erklärte schließlich, die Meldung, der englische Gesandte habe um die Entsendung eines englischen Kriegsschiffes nach dem Tajo gebeten, sei unrichtig.

Ganz anders lauten die Nachrichten, die über Madrid kommen:

Madrid, 30. Dezember. Ueber die Vorgänge in Lissabon wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: Die portugiesische Regierung soll sich nicht dazu entschließen können, Neuwahlen stattfinden zu lassen, weil sie nicht auf die republikanische Gesinnung in der Provinz rechnen könne. Die Republik hat ihre Hauptanhänger in Lissabon und einigen anderen Städten. Die Ausstände mehren sich und die Arbeiter lassen die Vorschläge der Regierung unbeachtet. In den Universitäten und Schulen herrscht Disziplinlosigkeit. Bei der Marine zählt die Regierung nur noch wenige Anhänger. Sämtliche Kriegsschiffe, mit Ausnahme des Dom Carlos, sind aus dem Tajo entfernt worden. Auch in der Marine ist Disziplinlosigkeit an der Tagesordnung. Kein Offizier will ein Kommando übernehmen, es finden keine Flottenübungen mehr statt und die Manöver erfolgen mit größter Nachlässigkeit. Ebenso herrschen in der Armee ähnliche Zustände; es haben bereits mehrere Fälle von Meuterei stattgefunden. Die Soldaten verlangen eine Aufbesserung ihres Soldes, sowie bessere Beköstigung. Auch in Handelskreisen wird geklagt, da der Geschäftsverkehr vielfachen Störungen unterworfen ist. Die Geschäftsleute sind gegen die jetzige Regierung sehr ungehalten.

•

Lissabon, 30. Dezember. (Telegr. d. L.-A.) Die Regierung **befürchtet Straßenkämpfe. Die Haltung der im Ausstand befindlichen Arbeiter**, deren Forderungen nicht bewilligt werden, **wird immer schwieriger.** Neue Berufsklassen treten mit weiteren Forderungen hinzu. Ob im Fall von Straßenunruhen die Regierung auf die Armee zählen kann, ist ungewiß, denn im Heere mehren sich die Fälle von Disziplinlosigkeit. Unter der Bürgerschaft Lissabons herrscht große Erregung. Die vermögenden Klassen deponieren ihre Wertsachen und Papiere bei ausländischen Banken, um sie in Sicherheit zu bringen.

Paris, 30. Dezember. Die im Laufe der Nacht aus Lissabon hier eingetroffenen Nachrichten sind **äußerst beunruhigend**. Sie bestätigen die gegen die Regierung gerichtete Bewegung in der Armee und Marine. Die **portugiesischen Gewerkschaften sind mit der Haltung der provisorischen Regierung äußerst unzufrieden**, da diese den hervorragenden Anteil der Arbeiterschaft an der Revolution nicht anerkennt und ihnen nur Brocken anstatt der Erfüllung ihrer Forderungen bietet.

Paris, 30. Dezember. **Der hiesige portugiesische Geschäftsträger** erklärte einem Berichterstatter, er habe von seiner Regierung heute morgen mehrere Depeschen erhalten, denen zufolge die Lage in Portugal durchaus ruhig sei. Die alarmierenden Gerüchte dürften aus Madrid oder London stammen, wohin sich zahlreiche Anhänger des Königshofes geflüchtet hätten. Die portugiesische Regierung stehe zweifellos mancherlei Schwierigkeiten gegenüber. Die republikanische Partei sei entzweit und auch im Volke herrsche eine gewisse Unzufriedenheit. Unter den Arbeitern der öffentlichen Betriebe seien Ausstände ausgebrochen, doch dürften diese dank des Eingreifens der Regierung bald beigelegt sein. Die Republik sei keineswegs bedroht.

Die „Jakobinerpartei".

Paris, 30. Dezember. Zugestanden wird von offizieller portugiesischer Seite, daß der Anhang der sogenannten Jakobinerpartei **unter Anführung des Machado Santos** größere Dimensionen anzunehmen droht, und daß die Regierung nicht gewillt ist, das die besitzenden Klassen einschüchternde Gebaren der Jakobinerpartei weiter fortdauern zu lassen. Es stehen Verhaftungen von Zivilisten und Militärpersonen bevor. Von einer monarchistischen Bewegung ist nichts zu erwarten. Die größte Gefahr liegt nach wie vor in der Unzufriedenheit der arbeitenden Klassen. Das Proletariat stützt seine Hoffnungen auf Santos, der am 4. Oktober als Marinekapitän das Gefecht auf dem Pombalplatz geleitet und damit die Niederlage der Monarchisten entschieden hatte.

Deutsches Reich.

Bassermanns Neujahrsepistel.

In den Nationalliberalen Blättern veröffentlicht der Abg. Bassermann einen Neujahrsartikel, in dem er die kommenden Reichstagswahlen behandelt. Herr Bassermann, der selbst noch immer politisch obdachlos ist, möchte seinem politischen Anhang Mut machen, und er tut so, als sehe er den Himmel voll nationalliberaler Geigen. Man weiß aber nur zu gut, daß tatsächlich bei den nationalliberalen Kandidaten ganz andere Stimmungen vorherrschen. Herr Bassermann spricht von der den Nationalliberalen „günstigen Stimmung" und schreibt:

„Selten günstig sind die Zeiten einer Mittelpartei, der sich diejenigen zuströmen, die den Radikalismus rechts und links zurückweisen und die staatserhaltende Straße des Allgemeinwohls gehen."

O Jerum! Die Bassermänner und das „Allgemeinwohl". Ihr deutschen Wähler werden das Allgemeinwohl doch gewiß ganz anders verstehen als die Nationalliberalen, die 400 Millionen neuer indirekter Steuern und andere Bescherungen verschuldet haben!

In den Freudenkelch, den der nationalliberale Führer schwenkt, ist aber doch auch ein bitterer Wermutstropfen gefallen. Herr Bassermann muß nämlich zugeben:

„Schwerer Kampf steht uns bevor. In jedem Wahlkreis zunächst als Gegner ein Sozialdemokrat, der die Gunst der für ihn durch den schwarzblauen Block geschaffenen Lage nützen will. In einigen Dutzend Wahlkreisen wird er ohne Stichwahl als Sieger über die Bahn gehen, in einigen Dutzend anderen wird der Sozialdemokrat mehr oder weniger unbestritten in die Stichwahl kommen. Als Gegner treffen wir zum zweiten in den Zentrumsbezirken den Zentrumsmann, ihm vielfach verbündet der Bündler und der Konservative, oder umgekehrt, ein Bündler oder Konservativer vom Zentrum unterstützt. Da die Einigung mit der Fortschrittlichen Volkspartei in manchen Provinzen nicht zustande zu kommen scheint, muß damit gerechnet werden, daß sich da und dort Liberale gegenseitig aus den Stichwahlen ausschalten; an anderen Orten, wie beispielsweise in Hannover, wird uns eine Gegenkandidatur der Volkspartei nicht viel Abbruch tun."

Die Richtigkeit dieser Schilderung ist nicht zu bestreiten; was wird aber dann für die Nationalliberalen noch übrig bleiben? Diese werden sich schon in den konservativen Gebieten etwas Ersatz an Mandaten holen müssen, wenn sie nicht allzusehr zusammenschrumpfen wollen.

Proteste gegen das Kurpfuschereigesetz.

Auch die Handelskammern nehmen sich nun dieser Angelegenheit an. So zunächst die Handelskammer in Hamburg, die besondere Bedenken äußert über die Zusammensetzung der Kommission, die darüber befinden soll, ob ein Heilmittel dem öffentlichen Verkehr entzogen werden soll. Es wird verlangt, daß in dieser Kommission der Industrie eine Vertretung eingeräumt werde. Als zu weit gehend wird es auch bezeichnet, daß die öffentliche Ankündigung oder Anpreisung von Gegenständen oder Verfahren zur Heilung, Verhütung und Linderung von Krankheiten und anderem bei Menschen und Tieren mit Strafe bedroht werde, wenn die Bestandteile oder die Gewichtsmengen der Gegenstände oder die wesentliche Art des Verfahrens bei der Ankündigung oder Anpreisung geheim gehalten oder verschleiert werden.

Barbarische Vorgänge im Kriege 1870/71

plaudert jetzt der konservative weimarische Landtagsabgeordnete Heinr. Ziehn in einem, im eigenen Verlage erschienenen Schriftchen: „Erinnerungen eines echten Ulanen" aus.

„Da kommt aus dem Ort heraus eine zirka 65 Jahre alte Frau mit einem Säugling auf dem Arme auf mich zu, gewaltig schimpfend und den Durchlaß fordernd. Ich brachte es aber nicht fertig, gerade diese alte Frau mit dem Kind zu erschießen, durchlassen aber durfte ich sie auch nicht, also setzte ich ihr die Lanze auf die Brust, sie zurücktreibend. Da kommt aus dem brennenden Ort heraus, mein — Rekrutenleutnant von Langermann mit zwei Mann gesprengt, mich anrufend: „Nun, Ziehn, warum erschießen Sie die Frau nicht, sie schimpft doch fürchterlich auf Sie," und als ich etwas entgegnen wollte, sagte er: „Nun, dann befehle ich Ihnen, die Frau zu erschießen". Da natürlich half alles nichts. Der Schuß krachte, streifte aber nur einen Arm der Frau. „Kannst nicht schießen," sagte einer seiner Leute. Ein Ruck, die Frau fiel tot vornüber, das Kind flog im Bogen auf den Acker, wo es schrecklich weinend liegen blieb. Damit ritten sie weg. Dort kamen Bayern. Sie brannten ruhig das letzte Haus an, zogen sich am warmen Feuer gefundene Hemden an und kamen dann zu mir. Einer nun wollte den daliegenden Säugling mit dem Bajonett durchstechen, mit den Worten: „Das Biest wird einmal gerade so schlecht wie die andern?" Ein anderer aber nahm auf meine Bitte das Kind und trug es hinter einen zirka 100 Meter entfernten Schober, wo ich es, solange ich noch blieb, weiter weinen hören konnte.

Von einem großen Garten, in den sich eine Anzahl Personen, auch Frauen, geflüchtet hatten, schreibt er: „Da erschienen auch hier die Bayern und knallten alle nieder, wie auf dem Exerzierplatz nach der Scheibe schießend.

Von einem andern Ort, wo die Bewohner, Männer, Frauen und Kinder, auf das Feld geflüchtet waren und Möbel, Betten usw. hingetragen hatten, berichtet er: „Mit einem Male kamen einige Trupps Bayern aus Varige herüber, und da denselben der Befehl, andere als waffenfähige Personen nicht zu erschießen, nicht zugegangen war, so fingen sie auch hier an, alles niederzuschießen."

Es ist begreiflich, daß man nun bestrebt ist, die Verbreitung dieses Schriftchens möglichst zu verhindern.

Von Gottes Gnaden.

Zum 50. Todestage Friedrich Wilhelms IV., 2. Januar.
Aus Erlassen, Reden, Briefen, Aeußerungen Friedrich Wilhelms IV.

III.

In der (deutschen National-) Versammlung herrscht jetzt eine Partei, die im Bunde steht mit den Menschen des Schreckens, welche die Einheit Deutschlands zum Vorwand nehmen, in Wahrheit aber den Kampf der Gottlosigkeit, des Eidbruches und der Raubsucht gegen die Throne entzünden, um mit ihnen den Schutz des Rechts und des Eigentums umzustürzen.

Proklamation an mein Volk, 15. Mai 1849.

•

Es gilt zu kämpfen und zu siegen. Leider Eidbruch, Lüge, Verrat und Meuchelmord. Es gilt den Thron zu schützen vor seinen erbitterten Feinden. Es gilt das Vaterland zu retten vor Gesetzlosigkeit und Republik.

Armeebefehl, 16. Mai 1849.

• • •

Ich kann und darf nicht verschweigen, daß mir sowohl schriftlich als mündlich mitgeteilt wurde, daß bei der bevorstehenden Neuwahl von Gemeindeverordneten solche Elemente wieder in den Rat eintreten können, von denen ich denselben frei erhalten zu sehen wünsche. Und wenn jenes geschehe, so würde ich zu meinem Bedauern die Benefizien, die mein hochseliger Vater der Stadt zugewendet, derselben nicht ferner erhalten können.

An eine Düsseldorfer Deputation, 15. Novbr. 1840.

•

Was ich sagen werde, sind meine eigensten Worte. . . . Ich bin hier . . . nicht gedeckt durch die Verantwortlichkeit meiner höchsten Räte, sondern als ich selbst allein. . . . Ich darf dies (Verfassungs-)Werk bestätigen, weil ich es in der Hoffnung kann . . . Und so erklär' ich, Gott ist des Zeuge, daß mein Gelöbnis auf die Verfassung treu, wahrhaftig und ohne Rückhalt ist. . . . Sie müssen mir helfen und die Landtage nach Ihnen und die Treue meines Volkes müssen mir helfen wider die, so die königlich verliehene Freiheit zum Deckel der Bosheit machen und dieselbe gegen ihren Urheber kehren, gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit. . . . Alle guten Kräfte im Lande müssen sich vereinigen in Untertanentreue, in Ehrfurcht gegen das Königtum und diesen Thron, der auf den Siegen unserer Heere ruht, in Beobachtung der Gesetze — sowie des neuen Schwurs . . . Seine Lebensbedingung ist die, daß mir das Regieren mit diesem Gesetze möglich gemacht werde — denn in Preußen muß der König regieren, und ich regiere nicht, weil es also mein Wohlgefallen ist, Gott weiß es, sondern weil es Gottes Ordnung ist. . . .

Und nun befehle ich das bestätigte Gesetz in die Hände des Allmächtigen Gottes, dessen Walten in der Geschichte Preußens handgreiflich zu erkennen ist, auf daß Er aus diesem Menschenwerke ein Werkzeug des Heils machen wolle für unser teures Vaterland.

Eidschwur auf die Verfassung vom 6. Febr. 1850.

(Diesen Eid unter Vorbehalt suchte Friedrich Wilhelm IV. unablässig zu brechen. Die völlige Beseitigung der Verfassung war sein Lebensziel. Aber feig wie er war, suchte er seine Minister zu veranlassen, mit der Verfassung „abzufahren". „Wozu ist sonst diese ihre nichtsnutzige Verantwortlichkeit", meinte er.)

•

Ich gebe Ihnen hiermit mein königliches Wort, daß ich das, was man meine Gnade nennt, Ihnen ganz entziehen werde, wenn ich nicht bessere Nachrichten aus Spandau erhalte.

An eine Spandauer Deputation, 9. Mai 1850.

•

Es ist noch in Ihren Mauern eine böse Rotte.

An eine Berliner Deputation, 12. Juli 1850.

•

Einzelne Führer und die städtischen Behörden sind es, die, den entsittlichenden und entchristlichenden Tendenzen folgend, noch immer die schmutzigen und unheilsamen Errungenschaften einer schmachvollen Zeit anbeten. Wenn das nicht bald anders wird, so wird ein Schlag erfolgen, welcher zeigen soll, daß es noch einen Herrn im Land gibt, der die Macht und Pflicht hat, solchem Unwesen ein Ende zu machen.

An die Elbinger, 1. August 1853.

•

Ich bin von meiner Reise durch die verheerten Gegenden Schlesiens tief ergriffen durch die Schrecken der Verwüstung und die Größe der Heimsuchung . . . Ich hege die Zuversicht, daß Viele den Finger des Herrn erkennen und reichen inneren Segen aus der Verwüstung ihrer Häuser und Felder ernten werden. Um aber diese Ernte zu zeitigen, muß die Kirche ein lautes Zeugnis ablegen und verkünden, wie nach Christi Lehre eine solche Züchtigung zu verstehen ist und welche Mahnungen der Herr darin an sein Volk richtet.

Kabinettsorder über Anordnung eines Buß- und Bettages für die Provinz Schlesien in Folge der großen Ueberschwemmung, 30. Oktober 1854.

II.

Briefe, Aeußerungen.

Ich habe einen Bau begonnen, der ohne die sündlichen Possen, die tiefe Unwahrheit und das häßliche Theaterspiel moderner Konstitutionen und Grundgesetz-Wische in die Region wahrer Freiheit hinaufreichen kann . . . . Heute, ich sage es getrost, können nur Jakobiner, Perücken oder Eisel über meine ehrliche Liebe zur Freiheit im Zweifel sein . . . . Den Reuigen, auch den Beschnittenen, werde ich mit Freuden die begnadigende Hand reichen.

Brief an Schön, 9. März 1841.

•

Mit Widerwillen habe ich einen Mann von Ihrer Bildung unter der Klasse derer gefunden, die es sich zum Geschäft machen, die Verwaltung des Landes durch hohle Beurteilung ihres nicht von ihnen begriffenen Geistes vor der großen, meist urteilslosen Menge herabzusetzen und dadurch ihren schweren Beruf noch schwerer zu machen. Von Ihrer Einsicht wie von Ihrem Talent hätte ich anderes erwartet und sehe mich ungern enttäuscht.

An Willibald Alexis (wie der Dichter sich über die Handhabung der Zensur beschwert hatte).

•

Lösen Sie mir das Rätsel, wie der p. Rauwerck, ein bekannter patentierter Revolutionär, hier an der Universität Privatdozent geworden ist, und wie man ihm den größten Hörsaal, d. h. Schellings und Savignys Katheder, einräumt!!!!!! Ich bin tief betrübt über diesen entsetzlichen Mißgriff, der den werdenden guten Geist der Studenten wieder sehr ernst gefährdet. Es muß endlich in meinem Geiste verfahren werden. Revolutionäre dürfen in Preußen keine Freistätte unter den Fittichen der Regierung finden."

An den Kabinettsminister v. Thile, 30. November 1843.
(Der Privatdozent wurde denn auch beseitigt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101231/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG